

Dem Buch sind zwar eine Einleitung und eine Übersicht über die Chronologie der Invasion beigefügt, doch hätte man sich mehr Erläuterungen für den Leser gewünscht, der z. B. mit der militärischen Struktur des Warschauer Pakts nicht im Detail vertraut ist. Es ist zu hoffen, daß in den nächsten Jahren eine wissenschaftliche Untersuchung zum Thema „Beteiligung Polens an der Invasion von 1968“ vorgelegt werden wird, die alle Aspekte dieser heiklen Problematik, etwa auch die historischen Implikationen wie Parallelen zum polnischen Einmarsch im Olsa-Gebiet 1938, berücksichtigt.

Mainz

Markus Krzoska

Martin Schulze Wessel: Rußlands Blick auf Preußen. Die polnische Frage in der Diplomatie und der politischen Öffentlichkeit des Zarenreiches und des Sowjetstaates 1697–1947. Verlag Klett-Cotta. Stuttgart 1995. 431 S.

Gegenstand der Untersuchung ist das Preußenbild in der russischen Diplomatie und Öffentlichkeit in einem Zeitraum von 250 Jahren. Die Analyse des russischen Preußenbildes ist nur im Kontext der Geschichte des europäischen Staatensystems möglich. Nach Ansicht des Vf. haben hier der Epochenbegriff der „Großen Mächte“ und der Systembegriff der „negativen Polenpolitik“ zentrale Bedeutung. Die hegemoniale Geltung Rußlands nach dem Nordischen Krieg und Preußens Aufstieg in die Reihe der europäischen Mächte seien an die Beherrschung Polens und die Verhinderung dortiger Reformen gebunden gewesen. Das System „negativer Polenpolitik“ habe – sehe man einmal von der deutsch-russischen Konfrontation im ersten Weltkrieg ab – bis zum Hitler-Stalin-Pakt von 1939 Gültigkeit gehabt. Die unterschiedliche Ausprägung des Nationalismus in Preußen-Deutschland und Rußland einerseits, der zur Unterdrückung der Völker geführt habe, und im geteilten Polen auf der anderen Seite, wo emanzipative Tendenzen im Vordergrund gestanden hätten, ergibt – so der Vf. – weitreichende Konsequenzen für die Erforschung des Preußenbildes.

Zunächst werden Rußland und Preußen im Staatensystem des 18. Jhs. skizziert. Zu korrigieren ist, daß nicht der brandenburgisch-russische Vertrag von 1656, sondern das Bündnis des in Königsberg residierenden Deutschordenshochmeisters Albrecht von Brandenburg-Ansbach mit dem Moskauer Großfürsten Vasilij III. aus dem Jahre 1517 den Auftakt zu den späteren politischen Beziehungen zwischen der Hohenzollernmonarchie und Rußland gebildet hat. Die 1697 erfolgte Begegnung Peters des Großen mit Kurfürst Friedrich III. in Königsberg darf nicht überschätzt werden, weil beide Seiten damals an einer Allianz nicht wirklich interessiert waren. In der Politik des Kurfürsten dominierten die Gottorfer Frage und die damit verbundenen Konsequenzen für das „Gleichgewicht des Nordens“. Demgegenüber hatte die Wahl Augusts des Starken zum König von Polen untergeordnete Bedeutung. Der Kurs Friedrichs III. zeichnete sich durch große Zurückhaltung gegenüber allen Seiten aus und verfolgte allein das Ziel, die preußische Königskrone zu erlangen. Diese Taktik behielt er nach Ausbruch des Nordischen Krieges bei und gab auch nach der Katastrophe Karls XII. bei Poltava seine Neutralitätspolitik gegenüber Schweden nicht auf. M. E. ist eher 1713 als 1697 ein Epochenjahr in den brandenburgisch-russischen Beziehungen gewesen, weil der Frieden von Utrecht Preußen Handlungsfreiheit gab und überdies der neue preußische König Friedrich Wilhelm I. zu Zar Peter I. ein enges persönliches Verhältnis hatte. Angesichts der sich abzeichnenden hegemonialen Stellung Rußlands im Ostseeraum blieb Friedrich Wilhelm nichts anderes übrig, als seine Rolle als Juniorpartner im politischen System des Zaren zu akzeptieren, wozu auch die polnische Frage gehörte.

Im folgenden behandelt der Vf. Preußens Rolle „zwischen russischer Vorfeldpolitik und französischer barrière de l'Est“. Er folgt hier seinem Lehrer Klaus Zernack, indem er eine direkte Linie von dem „Vertrag der drei schwarzen Adler“ (1732) zu den Teilun-

gen Polens zieht und den Eintritt Rußlands in die antipreußische Koalition zu Beginn des Siebenjährigen Krieges mit der auf diplomatischem Wege nicht mehr möglichen Sicherung von dessen polnischem Vorfeld begründet. Dabei sei es nicht um die totale Vernichtung Preußens, sondern um dessen Rückführung zur Ostallianz unter Führung Petersburgs gegangen. Richtigzustellen ist, daß Rußland im Siebenjährigen Krieg keine Annexion Ostpreußens beabsichtigte, sondern dieses nur als Faustpfand in diplomatischen Verhandlungen betrachtete. Martin Schulze Wessel bleibt den Beweis dafür schuldig, daß das Mirakel des Hauses Brandenburg auf einer Linie mit dem Plan des Kanzlers Michail Voroncov von 1760 liegt, mit Preußen einen Separatfrieden zu schließen, falls dieses die russische Vorherrschaft in Polen akzeptiere. Vielmehr hatte das Bündnis Peters III. mit dem Hohenzollernstaat seine Ursachen nicht nur vordergründig in dessen Bewunderung Friedrichs des Großen, sondern vor allem in den Gottorfer Hausinteressen des neuen Zaren, der in einem Krieg gegen Dänemark auf preußische Unterstützung zurückgreifen wollte. Das russisch-preußische Bündnis von 1764 hatte zwar die Garantie der polnischen Verfassung und die Wahl Stanislaus August Poniatowskis zum Gegenstand, direkte Aktivitäten Preußens hinsichtlich einer Teilung oder besser „Demembrierung“ Polens wurden jedoch von Rußland ausgelöst, das angesichts der Barer Konföderation und des damit verbundenen vorzeitigen Ausbruchs des Türkenkrieges seine Protektorfunktion in der Adelsrepublik nicht mehr bewahren konnte.

Im zweiten Teil wird die „neue Qualität des russischen Preußenproblems seit den Teilungen Polens“ analysiert. Nach Meinung des Vfs. verfolgte das Zarenreich auch in Napoleonischer Zeit seine traditionelle Vorfelddpolitik weiter. Erst unter dem Eindruck des polnischen Novemberaufstands (1830/31) erhielten die russisch-preußischen Beziehungen eine neue Qualität, die über die Funktion des früheren „Juniorpartners“ hinausgingen. Zunehmend wurde nun die Allianz mit Preußen in Rußland zum Gegenstand der staatlichen Propaganda, die die Vergangenheit der Befreiungskriege beschwor. Ein Eckpfeiler war die Beibehaltung der „negativen Polenpolitik“, die auch durch die Ereignisse von 1848 nicht grundsätzlich erschüttert wurde, hatte sich doch selbst die Frankfurter Paulskirchenversammlung gegen die Wiederherstellung Polens ausgesprochen. Ein führender Vertreter der „negativen Polenpolitik“ war nach Sch. W. Bismarck, der mit diesem Kurs Rußland enger an Preußen binden wollte. Dabei sei ihm der Ausbruch des polnischen Januaraufstands gelegen gekommen. Die Bindung starker militärischer Kräfte bei der Niederschlagung dieser Insurrektion habe die passive Rolle Rußlands im deutsch-dänischen Krieg 1864 bedingt. Diskussionsbedürftig ist, wieweit die Reichsgründung von 1871 im Zusammenhang mit der polnischen Frage gesehen werden muß. Es dürfte sicherlich zu weit gehen, die wohlwollende Haltung Rußlands im Krieg von 1870 von dessen Bedrohung durch Polen abzuleiten.

Anschließend wird „Preußen als Thema der Diskussion um Rußlands Weg“ behandelt. Einen guten Einblick in die russische Preußenrezeption des ausgehenden 18. Jhs. vermitteln die „Reisebriefe“ des Historikers Nikolaj M. Karamzin, die immer wieder auf die innere Verwandtschaft Rußlands und Preußens verweisen. Auch die russische Journalistik nahm sich des Preußenthemas an, wobei sie teils kritisch, teils positiv diese europäische Macht, allerdings als zweitrangig gegenüber Rußland, skizzierte. Negativer war das Preußenbild der Dekabristen geprägt, die Preußen nahezu ausschließlich als Problem der Beziehung von Staat und Nation begriffen und die polenpolitische Verknüpfung Preußens und Rußlands kritisierten. Interessante Hinweise über Preußen und den polnischen Novemberaufstand finden sich auch in der politischen Lyrik Rußlands, z. B. in den Gedichten Žukovskijs und Tjutčevs. Besonders radikal war Turgenev, der den Fortschritt der Zivilisation an den Zerfall Preußens knüpfte.

Im Teil 3 steht die „Traditionswirkung Preußens in Rußland bis 1917“ im Mittelpunkt. Die historische Preußenreflexion in Rußland hatte ihren Ausgangspunkt in der Kontro-

verse zwischen Westlern und Slawophilen und entfaltete mit der Herausbildung wissenschaftlicher Methoden eine eigene Dynamik. Stets blieb Preußen jedoch ein politisches Thema und war als solches von der Entwicklung der russisch-preußischen (-deutschen) Beziehungen abhängig.

Abschließend werden „Preußen als Traditionsproblem für Sowjetrußland bis zum deutschen Angriff 1941“ und das „Ende Preußens in sowjetischer Sicht 1941–1947“ behandelt. Aufschlußreich ist, daß die „borussische Tradition“ nach 1918 zunächst verhältnismäßig positiv interpretiert und dann nach 1933 in den Zusammenhang mit der nationalsozialistischen Ideologie gestellt wurde. Der Hitler-Stalin-Pakt vom August 1939 ließ Preußen in der offiziellen sowjetischen Historiographie wieder in hellerem Licht erscheinen. Nach dem 22. Juni 1941 wurde die These von der besonderen preußischen Kriegsschuld entwickelt, die in der Reduzierung Preußens auf einen „Berlin-Staat“ gipfelte. Die Weiterentwicklung dieser Gedanken führte bekanntlich 1947 zur Auflösung Preußens durch den Alliierten Kontrollrat.

Berlin

Stefan Hartmann

Spotkania polsko-ukraińskie. [Polnisch-ukrainische Begegnungen.] Redakcja naukowa Zygmunt Mańkowski. Wydawnictwo Uniwersytetu Marii Curie-Skłodowskiej. Lublin 1992. 101 S.

Das Ende der Sowjetunion und die Auflösung des Ostblocksystems haben nicht nur die Annäherung von westlicher und östlicher Hemisphäre ermöglicht, sondern sie ebneten auch die Wege für neue Begegnungen der ehemaligen östlichen Vertragspartner untereinander. Polen und Ukrainer, durch eine lange gemeinsame Geschichte einander nicht fremd und doch – wie es scheint – in getrennten Welten lebend, haben schon bald nach der großen Wende im Osten versucht, ihre gegenseitigen Beziehungen neu zu gestalten. Daß Universitäten und der Wissenschaftsbetrieb dabei nicht zurückstehen wollen, illustriert der vorliegende Band für die Geschichtswissenschaften. In ihm sind die Ergebnisse erster Überlegungen und erster gemeinsamer Treffen versammelt, die auf Initiative der Maria Curie-Skłodowska-Universität in Lublin zustande gekommen sind und polnische wie ukrainische Historiker zusammengeführt haben.

Um es gleich vorweg zu sagen, das Interessanteste des schmalen Bändchens sind nicht so sehr die auf seinen zweiten 50 Seiten präsentierten Artikel zu den polnisch-ukrainischen Beziehungen als vielmehr die im ersten Abschnitt wiedergegebenen Einleitungen und Diskussionsbeiträge über die künftige gemeinsame Agenda. Hervorgehoben wird hier, daß die wohlverstandenen gemeinsamen, auch ökonomischen Interessen die wichtigste Voraussetzung für gegenseitiges Verstehen und eine mögliche Verständigung bilden und daß eine polnisch-ukrainische Kooperation zur Stabilisierung Osteuropas wichtig sei. Gutnachbarliche Beziehungen seien anzustreben und in allen Bereichen gemeinsame Bemühungen nötig, um die komplexen historischen Beziehungen zwischen beiden Völkern zu analysieren und zu erhellen und wo immer möglich das Verhältnis beider Seiten zueinander auf einer neuen Grundlage zu verbessern, wobei als Vorbild etwa auch die deutsch-polnischen Beziehungen sowie die deutsch-polnische Schulbuchkonferenz genannt werden.

Es gibt praktisch keine Epoche in der wechselseitigen Geschichte, die – folgt man den Diskussionsbeiträgen – nicht neu untersucht und behandelt werden müßte, und die Liste der Desiderata reicht bis in die aktuelle polnische und ukrainische Gegenwart hinein. Was den Leser hier beeindruckt, das ist die Emphase und Entschiedenheit, mit denen die einzelnen Argumente vorgebracht werden sowie der Umfang der hier verzeichneten Defizite. Wenn auch nur ein Bruchteil des hier demonstrierten Engagements tatsächlich zum Tragen kommt, muß man sich um die polnisch-ukrainischen